

Der Westen antwortet Bulganin

Eisenhower: Genf Vereinbarungen einhalten! — Mit Konferenz einverstanden

Washington (ap/dpa). Als erster Regierungschef der Westmächte hat Präsident Eisenhower die Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin beantwortet und dabei eine Reihe von Gegenvorschlägen gemacht. In London, Paris, Bonn und Rom wurde die Antwort des amerikanischen Präsidenten positiv aufgenommen. Hauptpunkte der amerikanischen Antwort sind eine prinzipielle Zustimmung zu einer Gipfelkonferenz und die eindeutige Forderung, die Sowjetunion solle ihre in Genf getroffenen Deutschland-Vereinbarungen einhalten.

Die Einberufung einer Gipfelkonferenz machte Eisenhower aber von einer gründlichen Vorbereitung auf diplomatischem Wege und durch die Außenminister abhängig. Mit dieser Einschränkung wurde die in dem zweiten Bulganin-Brief genannte Frist von zwei bis drei Monaten bis zu einer solchen Konferenz praktisch abgelehnt.

Zur Deutschlandfrage, die in der Antwort einen breiten Raum einnimmt, erklärte der Präsident, daß eine Wiedervereinigung wesentlich zu einer Lockerung der internationalen Spannungen beitragen würde. Er verwies auf das 1955 in Genf getroffene Übereinkommen, die Lösung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands solle durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit durchgeführt werden und erklärte dann wörtlich: „Trotz unseres Drängens hat Ihre Regierung seit nunmehr zweieinhalb Jahren keine Schritte getan, um dieses Übereinkommen auszuführen oder sich der anerkannten Verantwortung zu entledigen. Deutschland bleibt erzwungenermaßen geteilt. Dies stellt einen großen Fehler dar und ist unvereinbar mit der europäischen Sicherheit. Es untergräbt auch das Vertrauen in die Heiligkeit unserer internationalen Übereinkommen. Ich fordere Sie daher auf, daß wir jetzt energisch darangehen, die Wiedervereinigung Deutsch-

lands durch freie Wahlen herbeizuführen, wie wir vereinbart haben und wie es die Lage dringend erfordert.“

In Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands seien die USA zusammen mit anderen Staaten bereit, spezielle Abkommen hinsichtlich der Truppenstärke und -verteilung auszuhandeln sowie breite Vertragsverpflichtungen für den Fall einzugehen, daß sich in Europa eine Aggression ereignen sollte.

Den Vorschlag Bulganins für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa wies Eisenhower mit der Begründung zurück, daß eine solche Zone keinen Beitrag zu einer wirklichen Abrüstung darstellen würde und überdies die Tendenz in sich berge, die Spaltung Deutschlands zu verewigen.

Paris erinnert an Wiedervereinigung

Die französische Antwort an Bulganin

Paris (ap). Der französische Ministerpräsident Gaillard hat in seiner Antwort an den sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin dem Vorschlag zur Einberufung einer Gipfelkonferenz unter der Bedingung zugestimmt, daß die Tagesordnung zuvor auf einer Außenministerkonferenz festgelegt wird. Außerdem stellte Gaillard die Bedingung, daß die auf der letzten Gipfelkonferenz in Genf 1955 gefaßten Beschlüsse nicht umgestoßen werden. Ein Sprecher erklärte in einer Presse-

Die Vorschläge Bulganins beantwortete Eisenhower mit einer Reihe von Gegenvorschlägen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen:

1. Stärkung der Vereinten Nationen.

2. Die Sowjetunion und die USA verpflichten sich, im Welt-sicherheitsrat nicht mehr vom Vetorecht Gebrauch zu machen, um dadurch die friedliche Regelung von Streitfällen zu ermöglichen.

3. Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens.

4. Verbot der Herstellung von Atomwaffen und als Teil eines solchen Programms die Beendigung der Atomwaffenversuche. Diese Versuche sollen aber nicht, wie die Sowjetunion es wünscht, nur für zwei oder drei Jahre eingestellt werden, sondern auf unbestimmte Zeit.

5. Allmähliche Verringerung der herkömmlichen Waffen und Abbau der Truppenstärke unter gegenseitiger Kontrolle.

6. Schutz gegen einen Überraschungsangriff durch eine Luftinspektion. (Siehe auch S.4)

konferenz, diese Bedingung beziehe sich insbesondere auf den dort gefaßten Beschluß, Deutschland durch freie Wahlen wiederzuvereinigen. Die nur elf Seiten lange und kühl gehaltene Note wurde am Dienstagabend von dem französischen Botschafter in Moskau, Maurice Dejean, im Kreml überreicht.

Gaillard erklärt in seinem Schreiben, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands eng mit jeder Diskussion über die Einrichtung einer

(Fortsetzung auf Seite 3)

Gipfelstürmer

DT. Es ist jetzt vier Jahre her, daß im bitterkalten Winter von Berlin die letzte Konferenz mit den Sowjets, die Deutschland gewidmet war, buchstäblich erfroren ist. Danach blühte im Zeichen der sich beschwingt gebenden Weltreisenden Bulganin und Chruschtschow der Weizen der sogenannten „Gipfelkonferenzen“. Was 1955 in Genf noch unter der heiteren Bereitschaft des amerikanischen Good-Will-Präsidenten am politischen Szenarium neu war, das weitet sich jetzt zum sowjetischen Amphitheater des Erdballs. Wenn man sich am Donnerstag bei den ersten Nachrichten von Bulganius neuer Brieflawine schon schockiert fragte, was der sowjetische Ministerpräsident mit einer Konferenz mit neunzehn Regierungschefs vorhaben könnte, so mußte man sich in die Tatsache schicken, daß die Deklamations-Diplomatie sogar an ein Panorama von achtzig Gipfeln dachte. Ganz nebenher wird in diesem Briefsturm an alle Welt die Anregung abgetan, man sollte einmal die Außenminister der wichtigsten Staaten zu Beratungen etwa über die Kontrollfrage zusammensetzen. Die Molotow-Ära der quälenden Verschleppungen und Verzögerungen bei politisch konkreten Sachfragen haben die Kremliherren von heute abgeschrieben. Sie suchen das Forum. Sie vertrauen auf die Kraft ihrer Rede und auf die Unverbindlichkeit von Worten und Gesten. Früher schwieg der Kreml und ließ den Westen warten. Er war unheimlich in der dunklen Ungewißheit, mit der er Noten und Anfragen zudeckte und schmoren ließ. Heute ist er so quicklebendig, daß er nicht einmal die Antwort auf Briefe, die er geschickt hat, abwartet, sondern inzwischen die Angeschriebenen mit neuen Memoranden überfällt.

*

Die Eile aus Moskau ist nahezu hektisch. Sie trägt wie jede Hast bereits auch ihre deutlich erkennbaren Krankheitszüge. Es ist eine geredete, auf den großen Versammlungsaal zugeschnittene Diplomatie, die das nervöse Briefprogramm aus Moskau offenbart. Nicht das Ge-

spräch zu zweit hinter verschlossenen Türen, sondern die Demonstration wird gesucht. Die Briefe, die jetzt in den Hauptstädten von achtzig Ländern angelangt sind, haben schon wieder einen anderen Charakter als die, die am Vorabend der NATO-Konferenz vor einem Monat geschrieben worden sind. Während eine Anzahl von Ländern dabei ist, auf einige Punkte einzugehen und sie zu einem diplomatischen Gespräch mit der Sowjetunion aufzugreifen, sehen sich die Länder in den neuen Briefen wieder mit ganz anderen Problemen und — deutlicher noch — mit Drohungen und der Ankündigung von militärischen Druckmitteln konfrontiert. Die Briefschreiber vom Dezember, die die Bundesrepublik, Frankreich, England und Amerika auf sehr bestimmte konkrete Fragen ansprachen, möchten im Januar keineswegs mehr das zweiseitige Gespräch, sondern die „Gipfelkonferenz“.

Gerade in Bonn war man eben bei dem Versuch, nach dem Kern zu forschen, der sich hier möglicherweise zu echten Unterhandlungen mit Moskau ergeben konnte. Diesem Bedürfnis ging man um so mehr nach, als die bisherigen deutsch-sowjetischen Besprechungen nunmehr in ein günstigeres Klima zu treten schienen. Jetzt aber muß man annehmen, daß Bulganin und Chruschtschow diese Bemühung gar nicht wollen, daß sie ihnen vielleicht sogar lästig ist. Ihr neuer Brief wird die im Entwurf schon vorliegende Bonner Antwort an Moskau wesentlich verändern müssen; denn Bulganius Januarbrief will statt des Gespräches die Propaganda-Arena. Wir kennen noch nicht die speziellen Inhalte aller dieser achtzig Briefe in die Welt. Sicherlich wird in jedem ein Schlenker auf die spezifischen nationalen Wünsche des jeweiligen Staates zu finden sein. Doch das dürfte nur der Angelhaken sein, der ausgeworfen ist, um die Staaten für jenes Schauspiel zu gewinnen, das nicht nur von den Moskauer Initiatoren, sondern auch in manchen Kreisen der westlichen Welt und nicht weniger in der politischen Sphäre des Nahen und Fernen Ostens unter dem Begriff „Gipfelkonferenz“ mit mehr abenteuerlichen als wirk-

lichkeitsnahen Vorstellungen behängt wird.

*

Weil die Sowjetunion das Reden und Deklamieren auf solchen Monster-Veranstaltungen zu beherrschen glaubt, möchte aber die Sowjetunion die ganze Welt als Kulisse zu einer solchen Galaschau. Natürlich erwartet Moskau Eindruck bei den arabischen und afrikanischen Staaten, die durch ein solches Schein-Mitwirken an den Problemen der Welt sich sehr animiert fühlen müßten. Nachdem Moskau die Abrüstungsbesprechungen in London und danach im UN-Ausschuß von New York torpediert hatte, legte es seinen ersten vorbereitenden Vorschlag zu einem alle UN-Staaten umfassenden Abrüstungsgremium vor. Hier tastete Moskau vor, um sich zum Sprecher eines sachlich arbeitsunfähigen, aber propagandistisch ehereichen Spektakels zu machen. Jetzt gaukelt es der Weltöffentlichkeit die Fata Morgana eines Massentreffens von achtzig Regierungschefs vor. Einen ungegorenen Wust von Problemen schüttet Bulganin über ein solches Gremium, unter der Vorspielung, diese Massenversammlung könnte lösen, wogegen die Sowjetvertreter bisher in jedem kleinen und dem sachlichen Gespräch gewidmeten Kreis ihr tödliches Veto eingeleitet haben. Natürlich läßt Bulganin auch zu, daß statt der achtzig nur neunzehn oder vielleicht sogar nur die Vier kommen sollen — aber auf alle Fälle soll es Deklamation werden.

*

Eine Gipfelkonferenz zur Lösung des die Welt zerreißenden und bedrohenden Ost-West-Gegensatzes bleibt freilich eine Aufgabe. Solche Konferenz kann aber keine öffentliche Veranstaltung sein, die einem Demonstrationszug der kräftigeren Lungen und der lautesten und beredtesten Zungen gleicht. Mit Recht steht deshalb in Eisenhower's so erster Jahresbotschaft an die Vereinigten Staaten nichts von einem solchen Konferenzforum. Und mit noch größerem Recht verpflichtet der amerikanische Präsident die Bürger seiner großen Nation zu einem entbehrungsreichen Programm der Stärke — einer Stärke, die erst die Vorausset-

(Fortsetzung Seite 7)

Paris erinnert an Wiedervereinigung

(Fortsetzung von Seite 1)

atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zusammenhänge.

Den Vorschlag zum Abschluß neuer Nichtangriffspakte lehnt Gaillard mit der Bemerkung ab: „Ich kann nicht erkennen, wie Frankreich und die Mitglieder der NATO ernsthaft glauben können, daß Frieden und Sicherheit durch neue Nichtangriffspakte gefestigt werden können.“ Es wäre nützlicher, wenn die Sowjetunion sich dazu bereit fände, sich im Falle der Aggression an die Entscheidungen der UN zu halten.

Die Forderung Bulganins nach der Einstellung der Atomwaffenversuche lehnt Gaillard ebenfalls ab. Er erklärte, dieser Schritt könne gewiß nicht als eine Abrüstung angesehen werden, da die Mächte fortfahren könnten, trotz des Versuchsverbotes so viele Atom- und Wasserstoffbomben herzustellen, wie ihnen beliebt. Auch die von Parteisekretär Chruschow in einem Brief an Bertrand Russell gegebene Anregung, den Besitz von Atomwaffen auf die drei jetzigen Atomwaffenmächte Großbritannien, die UdSSR und die USA zu beschränken, weist Gaillard zurück. Frankreich, schreibt er, werde so lange niemals das Recht aufgeben, Kernwaffen herzustellen, zu besitzen oder zu erproben, wie nicht ein sicheres System der Kontrolle für alle Staaten eingerichtet worden sei.

Gaillard wendet sich gegen die sowjetischen Beschuldigungen, daß der Westen die Abrüstungsverhandlungen bei den UN abgebrochen habe und erinnert Bulganin daran, daß es die Sowjetunion gewesen sei, die sich trotz der Appelle der Vereinten Nationen geweigert habe, die Verhandlungen fortzusetzen. Außerdem verurteilt der französische Ministerpräsident die Unterstützung der Kairoer Konferenz der afrikanisch-asiatischen Staaten, auf der die sofortige Unabhängigkeit Algeriens und der Austritt der afrikanischen Gebiete aus der französischen Union gefordert worden sei.

Der französische Regierungschef erklärt sich in dem Schreiben bereit, die Diskussion über die konkreten Probleme Euro-

pas wiederaufzunehmen und fügt hinzu, daß die Teilnahme an der beabsichtigten Gipfelkonferenz auf diejenigen Regierungschefs beschränkt bleiben sollte, die „anerkannte Verantwortung“ für diese Probleme haben.

Ausführlich geht Gaillard auf den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Europa ein. Er verweist darauf, daß Frankreich zusammen mit Großbritannien und den USA auf der Genfer Außenministerkonferenz angeregt habe, zwischen einem wiedervereinigten Deutschland und seinen östlichen Nachbarn eine Zone der verminderten Rüstung zu schaffen. Grundgedanke dieses Vorschlages sei es gewesen, die deutsche Frage in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und den Interessen der europäischen Sicherheit zu lösen. „Sie stellten einen engen Zusammenhang zwischen den notwendigen politischen Maßnahmen zur schließlichen Liquidierung der Folgen des letzten Krieges und den militärischen Maßnahmen her, die dazu bestimmt sind, den Völkern

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1
Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Europas Ruhe und Frieden zu sichern“, schreibt Gaillard wörtlich.

Die sowjetischen Vorschläge dagegen schienen den politischen Aspekt der europäischen Probleme zu ignorieren, indem sie sich auf militärische Anregungen beschränkten, deren Wirksamkeit noch nicht erwiesen sei, „die sich aber dahin auswirken würden, daß die ungesunde Situation gefestigt wird, die in Mitteleuropa seit zehn Jahren besteht“.

Neuer Polit-Chef der Sowjet-Armee

Stalin-Anhänger Golikow jetzt für Schulung verantwortlich

Moskau (dpa). Der langjährige Chef der politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Armee, Generaloberst Scheltow, ist nach einer amtlichen Mitteilung seines Postens entbunden und durch den ehemaligen Leiter der sowjetischen Repatriierungskommission in Deutschland, Generaloberst Golikow, ersetzt worden.

Generaloberst Golikow hat vor einigen Jahren eine Geschichte des zweiten Weltkrieges verfaßt, in der er den Sieg der Roten Armee zu einem großen Teil der Führung Stalins zuschreibt, während er den Anteil Schukows als verschwindend klein bezeichnete.

Die politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee, die bereits kurz nach der bolschewistischen Oktoberrevolution geschaffen wurde, ist als der politische Führungsstab der gesamten sowjetischen Streitkräfte dem sowjetischen Ver-

teidigungsministerium angegliedert. Gleichzeitig versteht sie jedoch auch dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, und die leitenden Posten in der politischen Hauptverwaltung müssen von den führenden Parteigremien bestätigt werden.

Der abgelöste Leiter des politischen Führungsstabes, Generaloberst Scheltow, hatte dieses Amt seit Stalins Tod inne. Im Zusammenhang mit der Absetzung des Verteidigungsministers Schukow Ende Oktober vergangenen Jahres war scharfe Kritik daran geübt worden, daß Schukow die Arbeit der Parteiorganisationen und der politischen Organe in den Streitkräften und die Kontrolle der Streitkräfte durch das Zentralkomitee weitgehend unterbunden habe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2,

Enttäuschung über Bulganin

Die Bonner Reaktion — Gespräche in weite Ferne gerückt

Bonn (Eigenmeldung). Die Flut von Bulganin-Botschaften an mehr als achtzig Regierungen, in Bonn ironisch als „Postwurf-sendung“ charakterisiert, scheint über Nacht den westlichen Beratungen über neue Verhandlungen mit den Sowjets eine andere Richtung gegeben zu haben. In Bonn hatte man sich in den letzten vierzehn Tagen ernsthaft mit der Frage gequält, ob es sich lohne, in diesem Augenblick ein diplomatisches Gespräch mit den Sowjets zu beginnen, und wie es erfolgsversprechend eingeleitet werden könnte.

Es war nicht leicht gewesen, bei der ersten Beratung des ständigen Atlantik-Rates in Paris für diese Absicht Verständnis zu gewinnen. Nun hat sich das Bild plötzlich geändert: die maßgebenden Regierungskreise haben nach diesen neuen Botschaften mit ihren Vorschlägen für Mammut-Konferenzen die Hoffnung aufgegeben, daß zur Zeit ein ernsthaftes Gespräch mit den Sowjets möglich sei.

Meinungsumschwung

Wie tiefgreifend dieser Um-schwung der offiziellen Meinung in Bonn ist, ging dieser Tage aus der ersten Stellungnahme des Bundespressescheffs von Eckardt nur andeutungsweise hervor. Eckardt legte das größte Gewicht auf die Feststellung, daß Bulganin seine neuen Botschaften abgeschickt hat, bevor er die geplanten Antworten der Westmächte auf seine Dezember-Briefe erhielt, von denen er genau wußte, daß sie einer großen internationalen Konferenz widersprechen und statt dessen diplomatische Gespräche vorschlagen sollten.

„Monster“-Konferenzen

Die neuen Botschaften wollten also offenbar dieser westlichen Absicht vorbeugen. Ein zweiter Punkt, auf den Eckardt aufmerksam machte, ist der Umstand, daß Bulganin eine ganze Serie von „Monster-Konferenzen“ vorschlägt, die zudem noch innerhalb weniger Monate veranstaltet werden sollen, wobei schwer zu sehen sei, wie man dieses Programm überhaupt bewältigen könne. Der Bundespresseschef wurde gefragt, ob er diese Tatsachen als einen Beweis für das geringe sowjetische Interesse an einer Entspannung ansehe. Er erwiderte: „Diese ungewöhnliche Briefoffensive erfüllt mich mit der Befürchtung, daß Ihre Frage berechtigt ist.“

In verschiedener Hinsicht wird die Bulganin-Botschaft, soweit man das am ersten Tage erkennen kann, starke Auswirkungen haben. Die Mitglieder des atlantischen Bündnisses, die jetzt ihre Antworten nach Moskau schicken wollten, müssen sich nun zu neuen Beratungen zusammensetzen. Aber vermutlich wird es nun nicht schwerer, sondern leichter sein, die richtige Antwort zu finden, die auch, sogleich die neuen Botschaften Bulga-

nins einbezieht. Die amtlichen Kreise in Bonn zeigen sich in erster Linie ein wenig erleichtert, da nun wieder volle Klarheit über die sowjetischen Absichten herrsche. Die Bundesregierung, sagt man, werde bei der kommenden außenpolitischen Debatte im Bundestag leichtes Spiel haben. Dr. Adenauer könne darauf hinweisen, daß er ein diplomatisches Gespräch mit den Sowjets einleiten wollte, aber darauf die unfreundlichste und abweisendste Antwort erhalten habe, bevor er auch nur das Angebot machen konnte. Auf weitere Sicht verhehlen sich aber auch die maßgebenden Regierungskreise in Bonn nicht, daß die wahrscheinlichste Folge der sowjetischen Demonstrationen der Stärke eine Verstärkung der Rüstungsanstrengungen im Westen sein wird, mit allen dazugehörigen Opfern.

Für Menschenraub ausgebildet

Sechs Jahre Zuchthaus als gerechte Strafe — Opfer sagte aus

Berlin (Eigenbericht). Nach fast sechs Jahren fand ein zweifacher Menschenraub aus dem Jahre 1951 seine Sühne vor der Zweiten Großen Politischen Strafkammer. Wegen Entführung in zwei Fällen in Tateinheit mit schwerer Freiheitsberaubung verurteilte die Kammer den 26jährigen berufslosen Gerhard Hagemann zu sechs Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust.

Hagemann, der in der Bundesrepublik bei einer amerikanischen Dienststelle tätig war, kehrte 1951 nach Erfurt zurück, wo er in den Dienst der Transportpolizei trat. Schon bald nahm ihn dort der SSD in eine strenge Schule und bildete ihn zum Agenten aus. Mit dem Auftrag, sich in Westberlin als politischer Flüchtling zu melden und die Entführung von zwei Personen zu ermöglichen, kam er im Februar 1951 nach Spandau. Die ihm namhaft gemachten Opfer waren die damals 19jährige Ursula S. und ein ehemaliger Schließer aus dem SSD-Gefängnis in Potsdam, die angeblich bei ihrer gemeinsamen Flucht wichtige Karteikarten und Akten mitgenommen und in Westberlin interessierten Stellen verkauft haben sollen.

Hagemann machte die Bekanntschaft des Mädchens und wurde sogar in der Wohnung der Mutter aufgenommen. Nach 14 Tagen forderte er Ursula auf,

mit ihm nach Wannsee zu fahren. Das Mädchen ließ sich überreden, den Zug über Friedrichstraße zu benutzen. Als beide dort den Zug wechseln wollten, wurden sie festgenommen und das Mädchen später dem SSD übergeben. Ursula S. wurde 1951 in Potsdam wegen Boykotttätze und „Entführung eines Volkspolizisten“ zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. In demselben Prozeß erhielt er mit ihr geflüchtete Gefängnis-aufsicher zehn Jahre Zuchthaus.

Aus S-Bahn-Zug geholt

Wenige Tage nach der Entführung des Mädchens hatte nämlich Hagemann, der den Schließer inzwischen durch Ursula S. kennengelernt hatte, diesen mit dem Versprechen, ihm Arbeit besorgen zu können, von Borsigwalde nach Gesundbrunnen gelockt. Absprachgemäß wurde dann der Mann auf dem Bahnhof Wollankstraße von SSD-Leuten aus dem Zuge geholt.

Dean Acheson kontra George Kennan

Aus dem Wortlaut der Erwiderung des ehemaligen US-Außenministers

„Wie ich höre, besteht in Europa der Eindruck, daß die von Mr. George Kennan in seinen Vorlesungen vertretenen Gedankengänge — insbesondere die Meinung, daß ein Vorschlag für den Rückzug amerikanischer, britischer und russischer Truppen aus Europa gemacht werden sollte — die Auffassung der Demokratischen Partei repräsentierten. Das ist, was auch Mr. Kennan selbst zugeben wird, ganz entschieden nicht der Fall. Die in den Vorlesungen geäußerten Meinungen sind von Mr. Kennan nicht zum erstenmal vorgebracht worden. Er hat diese Ideen schon Anfang 1949 innerhalb der demokratischen Administration entwickelt, und sie sind damals abgelehnt worden. Heute stehen sie im Gegensatz zu der erklärten Meinung der Führer der Demokratischen Partei im Kongreß und außerhalb des Kongresses.

„Mystische Haltung“

Auf dem Gebiete, auf dem er Sachkenntnis besitzt, kann Mr. Kennan mit Autorität sprechen — nämlich auf dem weiten Feld der russischen Geschichte und Kultur; er ist auch ein Kenner der Geistesverfassung und der geistigen Haltung, die sich aus der praktischen Auswirkung der marxistisch-leninistischen Ideologie ergibt. Aber Mr. Kennan hat nach meinem Urteil die Probleme der Machtverhältnisse nie nach ihrer wirklichen Bedeutung erfaßt und begriffen, sondern nimmt ihnen gegenüber eher eine mystische Haltung ein. Für Mr. Kennan gibt es in Europa keine militärische Bedrohung von seiten der Sowjets. „Wenn die bewaffneten Streitkräfte der Vereinigten Staaten und Großbritanniens“, so sagt er, „nicht auf dem Kontinent stünden, würde das Verteidigungsproblem für die kontinentalen Völker in erster Linie ein Problem der inneren Gesundheit und der Disziplin der verschiedenen nationalen Gesellschaftsordnungen sein; das Problem bestünde für sie darin, wie sie sich organisieren, um die Überwältigung und Unterjochung ihres nationalen Eigenlebens durch vom Ausland inspirierte skrupellose Minderheiten in ihrer Mitte zu verhindern.“ Wenn die kontinentalen Nationen über den wünschenswerten Zustand innerer Gesundheit und Disziplin verfügten, würde sie das befähigen, der Sowjetunion gegenüber zu erklären, daß sie zwar die Macht

habe, diese Staaten zu überrennen, „daß aber nicht ein einziger Kommunist oder eine andere Person, die eure politischen Geschäfte besorgen könnte, euch für diesen Zweck zur Verfügung stehen würde“. Dann folgt die geradezu messianische Erklärung:

„Ich glaube, ich kann die persönliche Zusicherung geben, daß ein Land, das in der Lage ist, Moskau das zu sagen, nicht gerade mit diesen Worten aber in jener Sprache der militärischen Haltung und des politischen Betragens, welche die Russen am besten verstehen — ich glaube, ein solches Land bedarf kaum fremder Garnisonen, um seine Unverletzlichkeit gegen einen sowjetischen Angriff zu sichern.“

Wie kann irgendein Mensch von einer „persönlichen Zusicherung“ in einem derartigen Zusammenhang sprechen? Worauf beruht denn eine solche Garantie, es sei denn auf göttlicher Offenbarung? Aber sogar mit ihrem besonderen Stil scheint die Zusicherung ihre eigene Widerlegung zu enthalten. Bei dem gegenwärtigen Stand der Machtverteilung in der Welt und im Lichte des Gebrauchs, den das russische kommunistische Regime von seinen Machtmitteln zur Ausdehnung seiner Herrschaft macht, kann man da daran zweifeln, daß es ohne die Verbindung mit Amerika in Westeuropa nicht mehr unabhängiges nationales Leben gäbe, als es in Osteuropa gibt?

Zu idealistisch!

Mr. Kennans Rezept für Rettung und Erhaltung durch innere Gesundheit und Disziplin innerhalb der nationalen Gesellschaftsordnungen Europas verlangt einen Grad von gesunder Reinheit, die in keinem Staat existiert, den ich mir vorstellen kann. Aber nicht nur das. Wenn man es zu einer Situation kommen ließe, in der der russischen Militärmacht auf dem Kontinent kein Widerstand mehr entgegengesetzt werden könnte, hätte das die normale und natürliche Folge, daß die Zahl der Kommunisten und der anderen Personen, die bereit wären, die politischen Geschäfte der Russen zu besorgen, mächtig wachsen würde und daß sie zur Verfügung stünden, um die Kräfte zu stürzen, die sich einer solchen Entwicklung zu widersetzen wagten. Wenn die Verbündeten, deren Präsenz allein es Westeuropa ermöglicht, dem

sowjetischen Druck zu widerstehen, sich vom Kontinent zurückziehen sollten, würde gerade dieser Rückzug die Entwicklung der nationalen Gesundheit und Disziplin unmöglich machen, dank denen die Anwesenheit der Alliierten unnötig werden sollte,

Angriff nicht nötig

Es ist irreführend, wenn man, wie Mr. Kennan das tat, die Dinge so darstellt, als ob die Alternative zu der amerikanischen und britischen Machterhaltung in Europa einzig der „sowjetische Angriff“ wäre. In vielen, vielleicht in den meisten Fällen wäre ein Angriff sowjetischer Streitkräfte, die nur auf einen symbolischen Widerstand stoßen würden, gar nicht nötig, wie das in der Tschechoslowakei im Jahre 1948 der Fall war oder wie heute in Polen. Die Sowjetunion könnte ihre Ziele durch bloße Einschüchterung erreichen, zumal jedermann noch die Lektion von Ungarn im Gedächtnis hat. Polen könnte übrigens das Land sein, das mehr als jedes andere in Europa imstande wäre, die von Mr. Kennan empfohlene trotzige Erklärung zu erlassen. Die Polen kennen die Russen sogar besser als Mr. Kennan; aber das befreit sie nicht von der russischen Herrschaft. Es ist müßig, mit dem Gedanken zu spielen, daß die Polen freier wären, wenn die Macht, die fähig ist, der Sowjetunion entgegenzutreten, sich vom Kontinent zurückzöge.

In einem vor kurzem erschienenen Buch habe ich meine Auffassung über diese Frage in folgender Weise umschrieben: „Wenn wir sagen, daß die westeuropäischen Nationen als unabhängige Staaten „nur mit der aktiven Unterstützung Amerikas“ fortbestehen können — was meinen wir damit genau? Wir meinen damit etwas ganz bestimmtes. Wir meinen, daß das einzige Abschreckungsmittel gegen die Unterwerfung Westeuropas unter den russischen Willen in dem Glauben besteht, daß gegen einen solchen Versuch von allem Anfang an die amerikanische Macht eingesetzt werden und wenn nötig der Sowjetunion Schäden zufügen würde, die das Moskauer Regime nicht erleiden möchte. Dieses Regime wird aber nicht glauben, daß das tatsächlich geschehen wird, wenn die Vereinigten Staaten und Westeuropa getrennt sind und für sich allein stehen.“

Zwischen Elbe und Oder

Wenn nur die Angst nicht wäre . . .

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

Berlin (Eigenbericht). Gewiß, die Zeit der hemmungslosen Herrschaft der politischen Polizei, des SSD, ist vorbei. In den Jahren der SED-Herrschaft haben sich die Methoden verfeinert. Man verhaftet nicht mehr, man setzt politische und wirtschaftliche Druckmittel an, Und die Staatspartei nennt das „Überzeugungsarbeit“.

POTSDAM

Man kennt seine Pappenheimer. Gerade in den Randgebieten Berlins hat es sich schnell herumgesprochen, daß die Sache mit dem „Paßgesetz“ nicht so heiß gegessen wird, wie sie aufgetischt wurde. Von Potsdam ist es nur ein Katzensprung bis Westberlin. Und wann Kontrollen, Stichproben gemacht werden, das spricht sich heutzutage schnell herum. In den meisten Fällen — und das weiß man inzwischen fast überall in der Zone — gibt es nur die üblichen Ausweiskontrollen. Als kürzlich ein alter Potsdamer herüberkam und ein wenig ängstlich von seinen Westberliner Freunden gefragt wurde, wie denn die Kontrolle war, meinte er trocken: „Wir kennen unsere Pappenheimer. Die meisten armen Teufel sind doch ganz anständig und gucken nur in die Taschen, weil sie es müssen. Die meisten kommen durch, wenn nicht ein Scharfmacher dabei ist.“

Trotz eifriger Nachfrage kein Gummiband. Ein Blick in die „Märkische Volksstimme“ zeigt, daß sich die Bewohner der Zone nicht alles gefallen lassen und auch einmal auf den Tisch schlagen: „Wenn es bei uns alles, was zum täglichen Leben gehört, gibt, wird es keinem, der sein Geld ehrlich verdient hat, einfallen, dieses nach Westberlin zu schaffen. Wenn man bei uns in der DDR aber monatelang trotz eifrigster Nachfrage keinen weißen Zwirn und kein Gummiband bekommen kann, ist es da ein Wunder, wenn manche das ewige Her-

umlaufen satt haben und einfach eine Haltestelle weiter nach Westberlin fahren?“

CHEMNITZ

Von kleinen Freuden und kleinen Leiden. Im Schloßbergmuseum stauten sich die Besucher anlässlich der Sonderausstellung „Det war sein Miljöh“ zum 100. Geburtstag von Heinrich Zille. Ein vortrefflich ausgestatteter Katalog zum Preise von nur 1,50 DM in Leinen gebunden und mit 100 Seiten Text und 42 sehr schönen Abbildungen steht jedem Besucher zur Verfügung. Der Führer durch die Ausstellung hält sich fern jeder Politik und erwähnt nur einmal, daß Zille ein „Kämpfer für den Fortschritt“ gewesen sei. Beruhigend flüstert man: „Es ist gleich, ob jemand in einem Ententeich geboren sei, viel wichtiger sei, daß man in einem Schwanenei gelegen habe.“

BRANDENBURG

„Unser Wunsch: Ein Gasherdd“. Auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1957 wurde fest zugesagt, daß im dritten Quartal 1957 neue Gasherde zur Verfügung stehen. Anfang 1958 laufen die Hausfrauen noch immer von Geschäft zu Geschäft, um feststellen zu müssen, daß es keinen Gasherdd gibt. Der VEB Gasversorgung weist Beschwerden über den schlechten Gasdruck mit der Bemerkung zurück, es liege an den schadhaften und überalterten Gasgeräten, daß in den „Spitzenbelastungszeiten“ Hausfrauen feststellen müßten, sie könnten mit der Sparflamme das Mittagessen nicht garkochen.

Junge Pioniere spielen „Rumpelmännchen“. Stundenlang ziehen die Pimpfe neuen Typus mit den Handwagen durch die Straßen und sammeln alte Flaschen, Lumpen, Knochen und vor allem Schrott. Für Schrott gibt es Punkte. Wer viel Schrott sammelt, hat eine Chance, einen Platz im Winterferienlager zu bekommen. Die fortschrittlichen Schriftsteller, die ganz auf sozialistischen Realismus aus

sind, schreiben zeitnahe Stücke und dichten etwa so:

„Alles, was metallen kracht,
was rostet mit den Jahren
wird noch nach Brandenburg
gebracht, bis wir den Mond
befahren.“

Ist es soweit, dann kann der
Schrott, wie Buchenlaub
vermodern,
heut aber braucht ihn Bran-
denburg, damit die Öfen
lodern.“

Die politischen Schulungsstunden sind leer . . . Treppauf, treppab putzen die Hausvertrauensleute die Türklinken der Bürger. Sie laden ein zu Ausspracheabenden über brennende Tagesfragen, die Themen: 33. Plenum, Friedensmanifest, Volkskammersitzung. Gähnende Leere, keine Diskussionen, Ablehnung und Auflehnung sind zu spüren.

SCHWERIN

Die SED gibt nicht auf. Die Sprechstunden im Rathaus sind überfüllt. Immer wieder hagelt es Beschwerden gegen die Einschränkung der Ausgabe von Interzonenpässen. „Angehörige von Republikflüchtigen dürfen nicht mehr in die Bundesrepublik, Eltern nicht zu ihren Kindern, die Frau nicht zu ihrem Mann.“ Kurz und bündig lautet die Antwort des Ratsvorsitzenden. Die enttäuschten Antragsteller drohen: „Warten Sie nur, wenn es einmal anders kommt!“ Zynisch antwortet der SED-Funktionär: „Glauben Sie, daß wir die Macht, die wir in Händen halten, jemals wieder hergeben werden?“

Ein Bauer aus dem Dorf Hagewald hatte tatsächlich anlässlich eines Festumzuges zwei Fuhrwerke ausgerüstet. Eins mit Lumpen und allerlei Plunder, das lenkte er. Darauf war die Aufschrift zu lesen: „Das danke ich Hitler und seinem Krieg.“ Und das zweite Fuhrwerk hoch mit Korn beladen, auf dem seine Frau in guten Kleidern saß: „Das verdanke ich der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik“, stand auf einem Schild.



„Ins Archiv, Genosse!“

„Was heißt Unfall, Genosse!
Schreiben Sie mal 80 Briefe!“

Gipfelstürmer

Fortsetzung von Seite 2

zung für „jeden gemeinsamen Schritt zum Frieden der Welt“ ist. Man findet in Eisenhowers kraftvollen Sätzen keinen Hinweis auf das Angebot der Pläne, wie sie mit den Namen Rapacki, Kennan und anderen bezeichnet sind. Nur der beziehungsreiche, mit dem größten Militäretat in Amerikas Geschichte untermauerte Appell an die Sowjetunion, statt der Deklamation doch endlich einen Schritt zum Frieden hin zu tun, bezeichnet die Bedeutung, die Amerika als die mächtigste der von Moskau angesprochenen Mächte dem Konferenzmythos Moskauer Prägung zumißt. Eisenhower hat schon einmal „auf dem Gipfel“ mit Chruschtschow und Bulganin konferiert. Da es sich damals nur um ein paar gewichtige Probleme der Welt handelte und nur vier Mächte daran teilnahmen, war der mögliche Erfolg

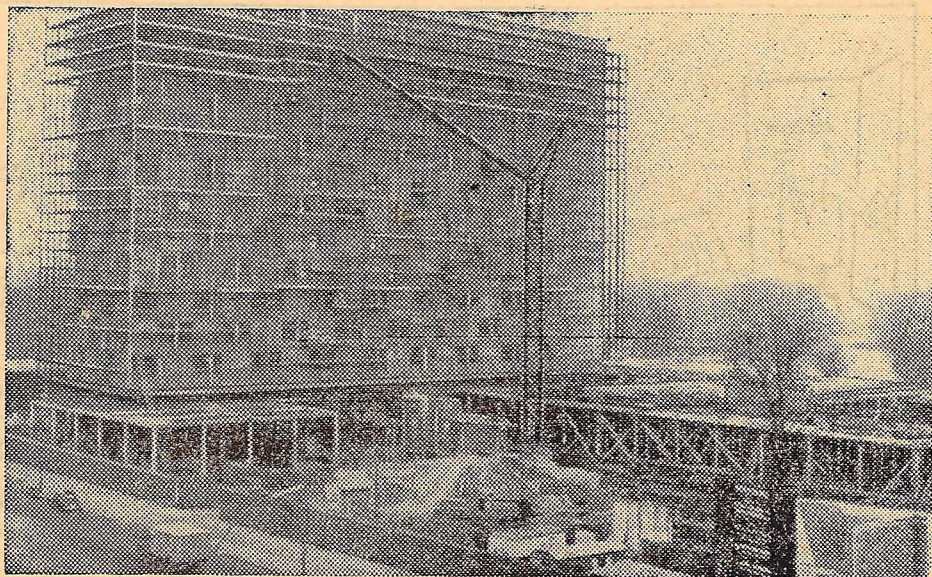
von Vereinbarungen um so leichter zu übersehen. Er ist niederschmetternd. Das Spektakulum einer Weltkonferenz von Chruschtschow und Bulganins Gnaden müßte unter solchen Umständen das ärgste Erlebnis für die

Welt der Freien werden. Drum bleibt um so mehr als Aufgabe: die Kräfte zu stärken und die Gipfelsüchtigen von Moskau zu Besprechungen und Verhandlungen über den Weg zum Frieden zu nötigen. Zu Verhandlungen, deren konkrete Gegenstände vorher genau vorbereitet sind.

17. Juni soll Trauertag werden

Bonn (Eigenmeldung). Als Trauer- und Opfertag soll der 17. Juni vom kommenden Jahr an begangen werden. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland verhandelt zur Zeit mit allen zuständigen Stellen über eine völlige Umwandlung des Charakters dieses Feiertages, der zur Erinnerung an den Volksaufstand in Ostberlin und in der Sowjetzone im Jahre 1953 geschaffen worden ist. Während dieser nationale Feiertag bisher von der großen Masse der Bevölkerung als ein gewöhn-

licher Feiertag betrachtet wurde, den man zu Ausflug und Vergnügungen benutzte, sollen künftig an diesem Tag alle öffentlichen Tanzveranstaltungen und andere Vergnügungen untersagt werden. Statt dessen ist geplant, die Bevölkerung zu einem Opfer für die Bewohner der Sowjetzone aufzurufen. Der 17. Juni soll aber auch weiterhin ein Feiertag mit Arbeitsruhe bleiben. Die großen Parteien haben sich mit diesen Vorschlägen schon einverstanden erklärt.



BILDER DER WOCHE: Oben: Wieder Hotelneubau in Westberlin. In der Buda-
pester Straße (Zoogegend) wurde jetzt das Hilton-Hotel gerichtet. — Unten: Die
neugegründete Hamburg-Atlantik-Linie hat jetzt den britischen Passagierdampfer
„Empress of Scotland“ für 12 Millionen DM erworben. Das Schiff wird gänzlich
umgebaut und wird später rund 1250 Personen zwischen Hamburg und New York
befördern.

